

- Kölner Stadt-Anzeiger  
 Kölnische Rundschau  
 Bild

- Hürther Wochenende  
 Hürther Sonntagspost  
 Express

Datum

25.9.2007

# Migranten wollen mitbestimmen

Hürther Ausländerbeirat schließt sich Kampagne für Kommunalwahlrecht an

VON ANDREAS ENGELS

HÜRTH. Bektas Metin ist politisch engagiert. Als Vorsitzender des Ausländerbeirats vertritt der Türke seit vielen Jahren die Interessen seiner Mitbürger, die wie er zugewandert sind. Doch obwohl er seit 30 Jahren in Deutschland lebt - wählen darf er hier nicht. Denn er hat weder einen deutschen noch einen Pass aus einem anderen EU-Land. Wie ihm geht es vier von sieben Mitgliedern des Beirats, der sich jetzt einer landesweiten Kampagne für die Einführung des Kommunalwahlrechts für Migranten angeschlossen hat.

Unter dem Motto „Hier, wo ich lebe, will ich wählen“ starten Integrationsräte und Ausländerbeiräte die Kampagne gestern in 16 NRW-Städten, darunter im Rhein-Erft-Kreis neben Hürth auch in Bergheim. Unterstützt wird die Kampagne von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden;

Hürth reihen sich SPD und Grüne, die AWO und der Verein Zusammenarbeit mit Osteuropa (ZMO) ein.

Ziel der Aktion ist es, dass alle Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren legal in Deutschland leben, Stadträte, Kreistage und demnächst auch die Bürgermeister und




Viele Unterstützer hat der Ausländerbeirat schon gefunden für seine Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-Deutsche, die lange hier leben. (Foto: Engels)

glaubt Metin. Die meisten Migranten lebten schon lange, viele sogar seit ihrer Geburt in Deutschland, identifizierten sich mit „ihrer“ Stadt und engagierten sich gesellschaftlich vor Ort. Zudem könne Integration nur über politische Beteiligung gelingen. Metin: „Migranten wollen über die Zukunft der Städte und Gemeinden mitbestimmen.“

## Beirat will sich überflüssig machen

Die Zahl der Betroffenen ist erheblich. In Hürth leben nach Angaben des Ausländerbeirats mehr als 6100 Migranten, über die Hälfte von ihnen darf bislang nicht wählen. Dass die Beteiligung bei der Wahl des Ausländerbeirats sehr gering ist, wertet Bektas Metin nicht als Hinweis auf mangelndes politisches Interesse. Schließlich habe der Beirat kaum Rechte. Sollte das Wahlrecht für Migranten kommen, dann wäre der Ausländerbeirat überflüssig, meint Metin.

In den kommenden Wochen will das Gremium nun an Infoständen das Gespräch mit der Bevölkerung suchen und Unterschriften für das Ausländerwahlrecht sammeln.

 [www.wahlrecht-fuer-migranten.de](http://www.wahlrecht-fuer-migranten.de)

Landräte mitwählen dürfen - womöglich schon zur kommenden Kommunalwahl im Herbst 2009. Damit würde die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgern und Migranten anderer Herkunft aufgehoben. „Wahlrecht ist Menschenrecht“, sagt Bektas Metin. In anderen europäischen Ländern

- darunter Dänemark, Schweden, Großbritannien und Irland - habe man gute Erfahrungen mit dem Ausländerwahlrecht gemacht. Die Zeit sei günstig für die Forderung, meint Bektas Metin. Union und SPD hätten die Prüfung einer Grundgesetzänderung, die Voraussetzung für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche ist längst überfällig,